

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es liegt an Europa

K.F. Das hätte der iranische Präsident wohl gerne: Weil sein Regime sich mit der Internationalen Atomenergiebehörde auf die Beantwortung einiger Fragen geeinigt hat, erklärt er den Atomkonflikt schon für beendet. Aber jene Fragen, deren Beantwortung die Wiener Behörde offenbar so brennend interessiert, sind irrelevant – sie dienen „objektiv“ nur dazu, dass Iran weiter Zeit gewinnt. Der Atomkonflikt ist mitnichten entschärft, denn Teheran tut nicht, was der UN-Sicherheitsrat verlangt: die Urananreicherung einstellen, aufhören, Zentrifugen in Betrieb zu nehmen, größtmögliche Transparenz herstellen. Weil das dem Präsidenten Ahmadineschad bekannt ist, war sein Auftritt reine Schau. Aber vielleicht hat es ihn und die anderen Mächtigen in Teheran irgendwie beeindruckt, dass es die Europäer Merkel und Sarkozy waren – und nicht der Amerikaner Bush –, die in New York mit großem Ernst über den Konflikt und über die Gefahren sprachen, die von einem atomar bewaffneten Iran ausgehen. Denn es hängt ganz wesentlich von Berlin und Paris ab, ob und wie der Konflikt geregelt wird. Denn je entschlossener und entschiedener sie auftreten, desto größer sind die Chancen, dass Sarkozys unheilvolle Alternative – iranische Bomben oder Bomben auf Iran – eine düstere Metapher bleibt.

Hart erkämpft

kum. Die Koalitionskrise in Schleswig-Holstein zeigt, wie wenig sich die SPD angesichts schwindender Zustimmung zutrauen darf und dass sie in Kiel für ihren Landesvorsitzenden Ralf Stegner nicht gerade durch dick und dünn gehen will. Stegner musste sich sein Etappenziel, den Fraktionsvorsitz, gegen erheblichen Widerstand erkämpfen. Er hat nun beste Voraussetzungen, auch die Spitzenkandidatur zu erobern, die er sich für seinen Rücktritt als Innenminister recht kutschnauzig schon ausbedungen hatte. Stegner konnte so überspielen, dass er sich verrechnet hatte: Die SPD-Führung wollte für ihn und seine Begabung, mit Sein und Schein zu jonglieren, die Koalition nicht scheitern lassen. Ministerpräsident Carstensen hätte die Gelegenheit, Stegner als Rivalen vom Kabinetttisch zu verdrängen, also nicht besser wählen können. Losgeworden ist ihn Carstensen dadurch allerdings nicht; selbst am Kabinetttisch könnte ein Fraktionsvorsitzender Stegner hin und wieder Platz nehmen, ohne die Beschlüsse mittragen zu müssen, die dort getroffen werden. Wer ist also Gewinner, wer Verlierer? In der Gefangenschaft ist der Unterschied nicht gerade groß. So ist das in einer großen Koalition.

In Tschad

Bc. Das Mandat der Vereinten Nationen für eine Militärmission der EU in Tschad liegt nun vor. Die 4000 Soldaten, die dort zum Einsatz kommen sollen, werden aber weiterhin gesucht. Außer Frankreich hat erst eine Handvoll anderer Mitgliedstaaten kleinere Truppenkontingente zugesagt. Das Zögern ist verständlich. Denn trotz des persönlichen Einsatzes, mit dem Präsident Sarkozy und sein Außenminister Kouchner für den Plan gewonnen haben, konnte Frankreich nicht überzeugend begründen, was die EU-Soldaten (und 300 im Auftrag der UN entsandte Polizisten) in Tschad eigentlich erreichen sollen. Kouchner hatte zunächst an einen „humanitären Korridor“ zur Versorgung der Flüchtlingslager in Darfur gedacht. Das erwies sich als unrealistisch. Übrig bleibt nun ein Auftrag zum Schutz von Flüchtlingen, gleichsam als Ergänzung zu der von den UN beschlossenen Entsendung von Blauhelmsoldaten nach Darfur. Frankreich hat auf eine EU-Mission gedrungen, weil eine rein französische in der Region nicht willkommen gewesen wäre. Nun muss es doch die überwiegende Zahl der Truppen stellen. Gewiss, Paris tut etwas in der Darfur-Krise. Aber ist es mehr als Aktionismus?

Beschäftigungstherapie

Von der Schwierigkeit, den UN-Sicherheitsrat zu reformieren / Von Klaus-Dieter Frankenberger

„In seiner jetzigen Zusammensetzung spiegelt der Sicherheitsrat nicht mehr die Welt von heute wider.“ Wer wollte der Feststellung der Bundeskanzlerin, die sie vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York machte, widersprechen? Aber zwischen dieser Feststellung, die Zusammensetzung des Rates sei anachronistisch, sei der Schnappschuss eines historischen Moments am Ende des Zweiten Weltkrieges, und dem Verlangen, dass kein Weg daran vorbeiführe, den Sicherheitsrat den neuen politischen Realitäten anzupassen, klafft eine große Lücke. Es ist eine Lücke, die von machtpolitischen Rivalitäten und Eifersucht, vom Beharren auf Privilegien – Stichwort Veto – und vom Wunsch nach mehr Status ausgefüllt wird. Deshalb haben auch alle Bemühungen, den Sicherheitsrat zu reformieren, seine Zusammensetzung zu ändern – zum Beispiel über eine Ausweitung der Ständigen Mitgliedschaften und über eine Erhöhung der Zahl der nichtständigen Mitglieder – zu nichts geführt. Das ist eine lange Geschichte, die zur Unendlichen werden könnte.

Deutschland sei bereit, bekräftigte Frau Merkel in Anlehnung an die Koalitionsvereinbarung, mit der Übernahme eines Ständigen Sitzes mehr Verantwortung zu übernehmen. Doch aus dieser Bereitschaft wird auf absehbare Zeit nicht Wirklichkeit werden. Das hat, wie gesagt, viel mit Machtpolitik in der Staatenwelt und somit auch in den Vereinten Nationen zu tun, aber auch mit den von der Kanzlerin zitierten neuen Realitäten. Denn die, das kann man wenden, wie man will, sprechen nicht wirklich für einen zusätzlichen Ständigen Sitz für ein europäisches Land. Sie sprechen, groß gesagt, eher für Staaten aus Asien und Lateinamerika und, wenn Repräsentativität ein Kriterium sein soll, aus Afrika. Es ist

kein Zufall und hat heute vermutlich weniger mit den Nachwirkungen der deutsch-amerikanischen Verstimmung in der Irak-Frage zu tun, dass der amerikanische Präsident in New York ausdrücklich nur Japan für eine Ständige Mitgliedschaft qualifiziert hielt und über andere aufstrebende Mächte wenigstens nachzudenken bereit war. Von dem alten Verbündeten Deutschland, dessen Kanzlerin ihm, anders als deren Vorgänger, politisch nahesteht, sprach er nicht. Nun wird Berlin seine Ambitionen nicht (allein) davon abhängig machen, ob Washington seinen Segen erteilt. Aber als Ständiges Mitglied, das überdies nur mäßig begeistert von einer Erweiterung ist, hält Amerika einen wichtigen Schlüssel in der Hand. Wenn der nicht gedreht wird, hilft alle Verantwortungsrhetorik nicht weiter. Und dass China, ebenso statusbewusst wie historisch nachtragend, wiederum von dem potentiellen Kandidaten Japan wenig hält, ist bekannt.

So mussten der in dieser Sache so forsche Gerhard Schröder und sein damaliges diplomatisches Personal erleben, wie das von ihnen geschmiedete Bündnis aus Deutschland, Japan, Indien und Brasilien nicht konsensstiftend wirkte, sondern im Gegenteil starke Gegenkräfte mobilisierte: In Europa führt bis heute Italien das Lager derjenigen an, die Deutschland den Anspruch auf einen Ständigen Sitz abstreiten; in Lateinamerika sieht es Mexiko bis heute nicht ein, warum ausgerechnet das portugiesischsprachige Brasilien über die anderen Staaten der Doppelregion herausgehoben werden sollte. In Asien gibt es auch andere Staaten, die sich neben der Aufsteiger-

macht Indien für qualifiziert halten. Dass der jüngste Vorstoß 2005 im Sand verlief, weil die afrikanischen Staaten sich nicht auf „ihre“ Kandidaten für eine Ständige Mitgliedschaft einigen konnten, sei der Vollständigkeit halber hinzugefügt. Allein das zeigt, dass es keine Zauberformel für die Vergabe zusätzlicher Sitze gibt und dass derjenige, der sich selbst für einen (wieder-)geborenen Kandidaten hält, schon vom nächsten Nachbarn als inakzeptabel abgetan wird. Deswegen ist es nicht unziemlich zu fragen, ob die Energie, welche die deutsche Außenpolitik auf eine Reform des Sicherheitsrats im Sinne Berlins verwendet, wirklich sinnvoll eingesetzt ist. Die Frage ist selbst dann berechtigt, wenn zugestanden wird, dass ein „europäischer“ Sitz ein allenfalls langfristiges Ziel ist – wenn überhaupt, aber das ist ein anderes Thema.

Die frühere Bundesregierung begründete Deutschlands Anspruch auf einen Ständigen Sitz wiederholt mit seinen bisherigen Leistungen; es konnte sich dabei wiederum auf die vom damaligen UN-Generalsekretär Annan eingesetzte Kommission („High-level Panel“) berufen. Die nannte es ein Ziel der Reform des Sicherheitsrates, jene Staaten stärker an den Entscheidungen zu beteiligen, die finanziell, militärisch und diplomatisch die größten Beiträge zu den Vereinten Nationen leisten. Für Deutschland trafe das in gewissem Maße zu, selbst wenn die Bilanz nicht so zwingend ist, wie das seine Diplomaten behaupten. Dass Deutschland heute angesehen ist, ist auch nicht zu bestreiten.

Deutschland will mehr Verantwortung tragen. So jedenfalls steht es in der Vereinbarung der beiden Koalitionäre.



Yasuo FUKUDA Foto Reuters

Sicherheit

Sein Vorgänger wollte ein „schönes Japan“ schaffen. Er wollte die als Einschränkung empfundene „Nachkriegszeit“ abschaffen und zu diesem Zweck die Verfassung verändern. Aber das Programm Shinzo Abes schien vielen Japanern etwas sehr abgehoben von ihrem Alltag. Shinzo Abe ist seit Dienstag Geschichte. An seiner Stelle wird Japan jetzt von Yasuo Fukuda regiert. Und die Kontraste könnten kaum größer sein.

Zum einen ist Fukuda mit seinen 71 Jahren knapp 20 Jahre älter als Abe, was in Japan eher ein Vorteil als ein Nachteil ist. Zum anderen hat er keine hochfliegenden Pläne, sondern gibt sich volksnah. Ein anbieternder Typ ist Fukuda allerdings nicht. Doch die Liberaldemokratische Partei (LDP) traut ihm zu, die Geschicke der ins Trudeln geratenen Regierungspartei zum Guten zu wenden. Seine größte Stärke, heißt es, sei Diplomatie. Die wird er in nächster Zeit auch brauchen. Denn was immer der neue Ministerpräsident anpackt, muss er durch das Parlament bringen. Und in dessen zweiter Kammer hat die Opposition seit der Wahl vom 29. Juli die Mehrheit. Streit verspricht die zum 1. November fällige Verlängerung des Mandats japanischer Seestreitkräfte im Indischen Ozean. Die unterstützen dort den internationalen Einsatz in Afghanistan. Oppositionsführer Ozawa war schon immer gegen diese Mission und sieht jetzt die Chance, sie zu beenden. Fukuda war einst an der Formulierung der Einsatzrichtlinien unmittelbar beteiligt und hat schon angekündigt, mit der Opposition sprechen zu wollen. Die Liberaldemokraten sehen die internationale Reputation Japans in Gefahr, wenn der Einsatz nicht verlängert wird.

Das Afghanistan-Mandat markiert aber nur die augenfälligste Bewährungsprobe für den neuen Regierungschef. Fukuda tritt ein schweres Erbe an. Viele Japaner, zumal in ländlichen Gebieten, halten sich für die großen Verlierer der Reformen der vergangenen Jahre. Ein zunehmendes Einkommensgefälle wird beklagt. Fukudas Vorgänger Koizumi hatte mit dem alten Erfolgsrezept der Regierungspartei, üppige Subventionen für Bauvorhaben möglichst gleichmäßig auf das Land zu verteilen, gebrochen. Der neue Ministerpräsident muss nun versuchen, die alten Loyalitäten der Landbevölkerung gegenüber der LDP neu zu beleben, ohne aber den (teuren) Filz wieder aufleben zu lassen.

Ein Mindestmaß an Kostenbewusstsein dürfte er besitzen. Yasuo Fukuda war nämlich nicht sein ganzes Leben lang Politiker. Vielmehr kam er erst im Alter von 53 Jahren zum erstenmal ins Parlament. Zuvor hatte er in der Erdölindustrie gearbeitet. In der Politik diente er unter anderem seinem Vater Takeo, Ministerpräsident von 1976 bis 1978, als Sekretär. Seine einflussreichste Position hatte Fukuda unter den Ministerpräsidenten Mori und Koizumi. Als Kabinettssekretär lenkte er die Geschicke der Regierung, nicht immer nach dem Willen aller Minister.

Zu einer großen Herausforderung für die neue Regierung verspricht die Reform der staatlichen Rentenversicherung zu werden. Wenn Fukuda dieses Problem anpackt, könnte er vielleicht auch sein privates Rentenkonto ausgleichen. Als Kabinettssekretär musste er nämlich einst zurücktreten, weil er seine Beiträge nicht ordentlich bezahlt hatte. PETER STURM

Die neue Verlässlichkeit

Der ukrainische Ministerpräsident Janukowitsch hält vor den Wahlen Frieden / Von Konrad Schuller

WARSAU, 26. September

Viktor Janukowitsch, der Ministerpräsident der Ukraine, verblüfft seine Feinde. Der Mann, der zeitweilig vor allem für Rücksichtslosigkeit, Vorstrafen und Wahlfälschung stand, bewährt sich seit Monaten als Pfeiler der Ruhe. 2004 hatte Janukowitsch durch eine gefälschte Präsidentenwahl mit Unterstützung Moskaus die Macht im Lande übernehmen sollen, doch die „orang Revolution“ erzwang eine Wiederholung, statt seiner gewann der westlich orientierte Viktor Juschtschenko. Der Gestrauchelte konnte seinen Weg an die Spitze deshalb erst 2006 fortsetzen, als das orangefarbene Revolutionsbündnis zerbrach. Janukowitsch hat sich damals mit Hilfe von Überläufern zum Regierungschef wählen lassen. Seither hat er den Konflikt mit dem westlich blickenden Präsidenten durch Wortbruch, Provokation und Abgeordnetenauf permanent geschürt – so lange, bis Juschtschenko sich im April zu dem umstrittenen Entschluss durchrang, das Parlament aufzulösen und vorgezogene Wahlen zu dekretieren. Janukowitsch, der im Parlament die Mehrheit kontrolliert, hat damals den Widerstand gegen die Auflösung so entschlossen auf die Spitze getrieben, dass im Mai schon bewaffnete Einheiten gegeneinander ausrückten.

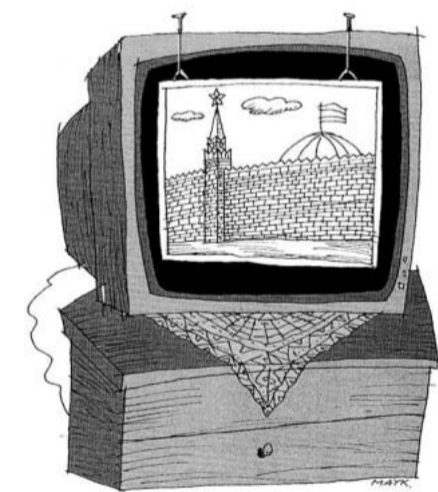
In dieser Phase ist mit Janukowitsch etwas Eigentümliches geschehen. Am 28. Mai, als das Land am Rande des Bürgerkriegs stand, stimmte derselbe Mann, der in seiner Jugend als Gewalttäter im Gefängnis gesessen hatte, derselbe, der später als Nutznießer von Wahlmanipulationen traurigen Ruhm erwarb, einem überraschenden Kompromiss zu: Janukowitsch willigte nicht nur ein, tatsächlich, wie Präsident Juschtschenko es befohlen hatte, am 30. September Wahlen abzuhalten – er hat sein Versprechen wider alle Erwartungen auch gehalten und auf Sabotage verzichtet.

Wie es zu dieser Charakterwende kommen konnte, weiß niemand genau. Was im Inneren von Janukowitschs „Partei der Regionen“ vorgeht, dringt nie ungefiltert an die Öffentlichkeit. Offenbar hat in Janukowitschs Umgebung eine

Strömung die Oberhand gewonnen, die mehr Ruhe will als den Konflikt. Janukowitschs Berater Leonid Koschara etwa hat dieser Zeitung gegenüber bestätigt, dass in Janukowitschs Partei mehrere „Stömungen“ wirksam sind, die zwar zuletzt immer „mit einer Stimme“ sprächen, aber doch zugleich „mit mehreren Köpfen“.

Der wichtigste dieser „Köpfe“ ist der Stahl- und Kohlemagnat Rinat Achmetow aus Donezk. Achmetow, wie Janukowitsch ein früherer Boxer, ist in den

Städten der Ukraine unabhängig und zum Ausgleich mit dem „westlichen“ Lager zu suchen. In Janukowitschs Partei jedenfalls wird der Eindruck bestätigt, dass eine kontrollierte Öffnung nach Westen den ukrainischen Oligarchen eher nutzt als eine Zukunft im Schatten Moskaus. „Die Geschäftswelt will Stabilisierung“, sagt Koschara. „Und weil Rinat Achmetow ein unabhängiges Unternehmen führen will, will er auch eine unabhängige Ukraine.“ Dieser Strömung der Geschäftsleute mit ihrer pragmatischen Konsensbereitschaft – sie selbst nennen sich die „jungen Donezker“ – steht jedoch in Janukowitschs Partei ein Flügel gegenüber, der nach wie vor von sowjetischen Traditionen und Moskauer Verbindungen geprägt ist. Gestützt von den großrussischen Nostalgie des ukrainischen Ostens, gehen diese „alten Donezker“ auf die Nomenklatura der Diktaturzeit zurück. Geschart um den stellvertretenden Ministerpräsidenten Asarow oder den Energieminister Bojko, gilt dieser Flügel als die treibende Kraft hinter den Konflikten, die im Frühjahr das Land beinahe in die Krise gestürzt hätten. Die russischen Neigungen dieser Leute entsprechen den Wünschen der Wähler im Osten. Der Widerstand gegen den westlichen Lager erwogenen Beitritt zur Nato gehört deshalb ebenso zu ihrem Repertoire wie die Forderung, das Russische neben dem Ukrainischen zur Staatssprache zu erklären. Bojko gilt dabei als Verbindungsmann des russischen Energiegiganten Gasprom, der die Unabhängigkeit der Ukraine schon mehr als einmal durch „Gaskriege“ bedroht hat. Dieser Seilschaft ist es zuzuschreiben, dass manche von Janukowitschs Ministern immer wieder unverhohlenen russische Interessen vertreten – etwa Transportminister Rudkowski, der vor wenigen Tagen verlangt hat, die 2017 auslaufenden Stationierungsrechte der russischen Schwarzmeerflotte im Kriegshafen Sewastopol auf unbestimmte Zeit zu verlängern, oder der stellvertretende Regierungschef Tabatschnik, der am Montag behauptet hat, die Nato sei lediglich ein Lieferant von „Kanonen-



neunziger Jahren nach Zeitungsberichten vom Hüchenspieler zum reichsten Mann des Landes aufgestiegen. Jahrelang war er der Hauptfinanzier von Janukowitschs von Moskau unterstützter „Partei der Regionen“. Während er aber als junger Mann Erschütterungen nicht scheute – mehrere seiner Konkurrenten kamen damals durch Explosionen ums Leben –, scheint der Minen- und Hüttenbaron von Donezk auf seine mittleren Jahre ruhebedürftig geworden zu sein. Sein veraltetes Industrieimperium braucht dringend westliches Kapital zur Modernisierung, und permanente Krisen machen Investoren ebenso scheu wie allzu weitreichender Einfluss des Kreml. Deshalb hat Achmetow nach Ansicht mancher Fachleute zuletzt vorsich-

Morgen im Immobilienmarkt:

Das Jahr der Superlative

Noch immer rollt der Rubel auf den Immobilienmärkten der Welt

Gefährliche Zinsschranke

Londoner Banken warnen: Die Bundesregierung könnte eine schwere Finanzkrise auslösen

Der Traum vom Transrapid

In München drehen sich die Baukräne. Es wird alles teurer. Und schon gibt es Warnungen

Investoren stehen Schlange

Innerstädtische Einkaufszentren sind Objekt der Begierde. In diesem Jahr gibt's 25 neue

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

**Der F.A.Z.-
Immobilienmarkt**